11 2006

Krieg der Worte: Anmerkungen im Rückblick auf Muhammadgate

Simon Sheikh

Übersetzt von Hito Steyerl

Wir haben gerade den ersten Jahrestag der Veröffentlichung der nunmehr berüchtigten Mohammed-Karikaturen durch die dänische Zeitung *Jyllands-Posten* erlebt, die im Januar und Februar dieses Jahres zu großen Demonstrationen gegen Dänemark in verschiedenen Ländern im Nahen Osten führten und in Angriffen und Brandanschlägen auf dänische Botschaften kulminierten. In meinem Vortrag möchte ich diese Vorgänge untersuchen, die Gründe, warum diese Zeichnungen veröffentlicht wurden, an wen sie adressiert waren, wie sie aufgenommen wurden und nicht zuletzt die Reaktion der dänischen Regierung auf den internationalen ebenso wie nationalen Druck, sich von diesen Bildern zu distanzieren; ebenso wie die Sprachspiele, in die die Regierung sich verwickelte, und die kulturelle Logik, die diese ausdrücken. Es wurde vorgebracht, dass die Kontroverse ein kulturelles Missverständnis oder eine Fehlinterpretation gewesen sei, aber ich werde argumentieren, dass diese Zeichnungen exakt so verstanden wurden, wie sie gemeint waren, und daher kein Fall einer kulturellen Fehlübersetzung sind.

Trotzdem ist, während wir hier sitzen und diesen Überblick versuchen, die Kontroverse über diese Zeichnungen in gewissem Ausmaß wiedergekehrt, mit dem Angriff auf eine dänische Botschaft in Teheran diese Woche (10. Oktober 2006), der nicht nur durch die ein Jahr alten Zeichnungen hervorgerufen wurde, sondern durch ein jüngeres Video, das beim Sommertreffen der Dänischen Volkspartei gedreht wurde und Mitglieder ihrer Jugendorganisation in betrunkenem Zustand bei der Veranstaltung eines Wettbewerbs um die beste – und das bedeutet, die beleidigendste – Karikatur des Propheten Mohammed zeigt. Auf diese Weise kehrt die Geste des Zeichnens von Mohammed immer wieder in die dänische Politik zurück, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Es scheint, dass die performative und politische Geste der Darstellung Mohammeds für das Selbstverständnis der dänischen Nation gleichermaßen zentral ist wie für die Millionen Moslems, an die sie gerichtet ist oder auch nicht, und dass nationale und ausländische Politik in der kulturell-politischen Landschaft des Staates Dänemark miteinander vermischt und verstrickt sind.

Ich verwende hier bewusst diesen merkwürdigen Begriff einer „kulturell-politischen" Landschaft, da die Politik im neuen Millennium eine entscheidend kulturelle Wendung genommen hat. Das bedeutet, dass die Politik als solche zunehmend visuell und ästhetisch geworden ist: d.h. kulturell. Während moderne Politik immer eine ästhetische Dimension hatte, scheint mir, dass diese Dimension heute die vorherrschende geworden ist. Umgekehrt heißt dies auch, dass es fast unmöglich ist, die Diskussionen und die Politik im Feld der kulturellen Politik von der Politik im Allgemeinen zu unterscheiden. In der Tat kann man behaupten, dass kulturelle Politik heute – wenngleich in einer sehr spezifischen und symbolischen Form – im Zentrum politischer Debatten und Praxen steht. Diese Kulturalisierung der Politik sowie der Identitäten und Identifikationen von Konflikten und Differenzen, die darin involviert sind, ist natürlich keine spezifisch dänische Situation. Sie kann in einer großen Anzahl politischer Räume und Nationen in Europa beobachtet werden, wo sie mit etwas variierenden Nuancen und Effekten ausgespielt wird. Und wichtig ist, dass sie immer lokalisiert und ethnisiert ist.[1]

Kulturelle Politik ist zur Identitätspolitik geworden. Eine solche kulturelle Politik der Identität ist um Begriffe und Erzählungen einer spezifischen und essenziellen nationalen und territorialen Existenz zentriert, zum Beispiel des „Dänisch-Seins". Es handelt sich um eine Identität, die nicht „rassisch" rein, sondern eher

kulturell rein sein mag, und die eine Verschiebung von der Konstruktion von „Rasse“ und Territorium (oder Nation) in Richtung eines Arguments einer nationalen, ethnischen Kultur markiert, die an ein bestimmtes Territorium gebunden ist. Daher darf ein solches „Dänisch-Sein“ nicht historisiert, oder schlimmer noch, dekonstruiert und verwässert werden, sondern ist etwas Essenzielles,das vehement verteidigt werden muss und das die Bevölkerung in zwei klar definierte Kategorien scheiden kann: diejenigen, die sie verteidigen, und diejenigen, die das nicht tun (und daher in der Konsequenz zu VerräterInnen werden).

Die Aussage darüber, was dänisch ist oder wer ein dänisches Subjekt ist, ist nicht länger nur eine nominale oder juridische Angelegenheit, sondern eine identitäre und nicht zuletzt minoritäre Behauptung. Sowohl die politische Rechte als auch Linke in Dänemark haben eine Sprache minoritärer Identitätspolitik übernommen und behaupten, dass „Dänisch-Sein“ eine besondere kulturelle Position bedeutet, die in einer globalisierten Welt bedroht ist und daher eine protektionistische kulturelle Politik und eine befestigte anstatt einer durchlässigen nationalen Grenze erfordert. Dies bedeutet, dass Minderheits- und Identitätspolitiken, wie sie in den 1990ern formuliert und angewendet wurden, nämlich als etwas, das auf authentische Weise von innen her durch Minderheitssubjekte konstruiert wurde, die selbst außerhalb der Gesellschaft stehen, jetzt politisch nicht mehr möglich scheinen. Wie die Entwicklung in Dänemark gezeigt hat, kann eine solche Politik sehr leicht von der nationalistischen Ultrarechten in einer Art feindlicher Übernahme angeeignet werden, wenn die globale Ökonomie als Vorwand dient, um nordische, arische Subjekte zu einer bedrohten, wenn nicht gar unterdrückten Minderheit auf der Weltbühne zu erklären.Und da das, was jetzt artikuliert wird, eine „authentische“ Stimme ist, kann sie nicht kritisiert werden, und ihrer Forderung danach, gehört zu werden, muss entsprochen werden.

Was ein Däne oder eine Dänin ist, ist natürlich um eine Anzahl leerer Signifikanten herum konstruiert, die mit sowohl ausschließlichem als auch ausschließendem Inhalt gefüllt werden. Wahre DänInnen werden so als verschanzt in einem zeitlosen Wohlfahrtsstaat außerhalb von Geschichte und Ökonomie dargestellt, aber auch als Menschen, die ihre Währung, ihre Königin und ihr(e) Land(schaft) ebenso lieben wie ihr Bier, Schwein usw. – aber dieses Bild organisiert sich auch um modernere Begriffe wie Gleichberechtigung, sexuelle Befreiung und Redefreiheit. Wichtig ist, dass niemand anders diese DänInnen, ihre Wurzeln und Wünsche repräsentieren oder auch nur darauf hoffen kann, sie zu repräsentieren. Die Frage, die solcherart auftaucht, ist daher die, ob sie sich eigentlich selber verstehen. Denn dazu brauchen sie offensichtlich GesprächspartnerInnen, RepräsentantInnen und GegnerInnen.[2] Hier verstehen wir die äußerst passend benannte dänische Volkspartei, deren Ideologie und Begehrensobjekt vorrangig eben durch jenes „Dänisch-Sein“ gebildet wird, als kulturell-politisches Identitätsprojekt. Indem sie sich vor allem auf das Dänisch-Sein konzentriert und negativ auf dessen Spiegelbild, den/die MigrantIn, wurde die DPP Teil einer besonders effektiven Form einer feindlichen Übernahme der Identitätspolitik der früheren Linken durch die neue Rechte. Frühere linke Methoden der Kritik, zum Beispiel feministische Kritiken des Blicks, können jetzt von der Rechten angewendet werden, wie es der Fall ist in der gegenwärtigen Debatte über das Recht, einen Schleier zu tragen, das als antifeministisch kritisiert wird.

Interessanterweise gibt es kein ähnliches Argument gegen das Recht, sich auf anzügliche Weise auszuziehen, im Stile von Britney Spears, und die Ablehnung, im öffentlichen Raum sexualisiert zu werden, ist anscheinend provokativer, und auch undänischer, als an der Sexualisierung der Pop- und Modeindustrien mitzuwirken. Eine ähnlicher Gebrauch linker Rhetorik von rechts ist natürlich im Fall der Mohammed-Karikaturen anzutreffen, in dem der offizielle Grund des Auftrags für die Karikaturen, der von der Zeitung *Jyllands-Posten* angegeben wurde, eine von ihnen behauptete weitverbreitete Selbstzensur unter dänischen KarikaturistInnen war, die sie daran hindere, Witze über Mohammed und Muslime im Allgemeinen zu machen, das heißt ein Argument für Selbstbefreiung in einem fast Reich’schen Sinn!

Was sagen diese Beispiele über den Begriff der Kulturalisierung? Die Politik der Identität kann teilweise, wie ich zu zeigen versucht habe, umgekehrt und im Sinne einer Blockierung von Identitäten verwendet werden,

anstatt diese zu ermöglichen, sie kann ebenso gut ausschließen, ja sogar vernichten, wie sie einschließen kann. Daher bedingt das Sichtbarwerden und – in einem strikt politischen Sinne – Anerkanntwerden (gewisser Forderungen und Identitäten) nicht (nur) Repräsentation im Sinne der Einschließung, sondern auch der Ausschließung. Um es anders auszudrücken: Wir erkennen eure spezifische Kultur an, sogar euer Recht, diese auszuüben, aber *nicht hier*, nicht in *unserem* kulturellen Raum. Tatsächlich bedroht eure Kultur die unsere, und daher muss sie sich *anderswo* abspielen, wenn überhaupt. Identität und die Ausübung von Kultur als identitäre Kultur wird auf diese Weise mit einem Territorium verbunden und jede Kultur braucht einen Raum für sich selbst, einen Boden, auf dem sie gesät werden kann. Und zwei Kulturen können nicht auf demselben Boden zur selben Zeit existieren, gerade weil Kultur einen Grund braucht und umgekehrt auch Identität begründet.

Anders Fogh Rasmussen von der Liberalen Partei kam, auf der Antieinwanderungswelle schwimmend und dabei stark von *Jyllands-Posten* unterstützt, im Herbst 2001 an die Macht, kurz nach den Ereignissen des 11. September. Fogh Rasmussen versprach eine harte Linie gegenüber der Einwanderung, ein Versprechen, das er in der Tat gehalten hat, ebenso wie die direktere Involvierung Dänemarks in den „Krieg gegen den Terror", was dazu führte, dass Dänemark an der Invasion des Irak teilnahm und auch Truppen in Afghanistan einsetzte. Ich möchte hier aber anstatt der Gründe, warum Dänemark sich an diesem Krieg beteiligte, lieber die kulturellen Aspekte dieses Politikwechsels untersuchen und die Imageproduktion, die sie ausdrückt. Meiner Meinung nach ist die Frage, ob es einen Grund gab, mit Irak Krieg zu führen – d.h. ob es tatsächlich, wie behauptet, Massenvernichtungswaffen dort gab oder die PolitikerInnen wirklich glaubten, dass es sie gab – nicht die richtige Frage. Es gab genug Gründe, um in den Krieg einzutreten und innerhalb der kulturell-politischen Logik der Antieinwanderungspolitik sowie der Politik der kulturellen Differenz und Autonomie, wie sie von der neuen Rechten und der politischen Mitte verfolgt wird, auch weiterhin damit fortzufahren, Kriege in dieser Region zu führen. Innerhalb dieser Logik ist der Einmarsch in Afghanistan, Irak oder anderswo in der islamischen Welt kein Akt der Aggression, sondern der Verteidigung: die christliche, obgleich hauptsächlich säkulare westliche Welt verteidigt ihre Kultur gegen die Bedrohung durch den Islam. Und innerhalb dieser Logik kann es keine Trennung zwischen realen und imaginären Gefahren geben, da die Wahrnehmung mit der Realität gleichgesetzt wird, und eine bestimmte Erzählung eine Hegemonie erschafft, die die leeren Signifikanten mit einem partikularen, aber universalisierenden Inhalt füllt.

Die Errichtung einer solchen Hegemonie ereignete sich in einzelnen Schritten, die wir hier nicht im Detail verfolgen werden; aber um zu verstehen, wie sie für die dänische Elite unausweichlich wurde und als solche die mögliche Reaktion der Regierung auf die internationale diplomatische Krise klar begrenzte und auf absurde Weise einschränkte, ist es wichtig, ein paar Schritte zurückzutreten und die Rhetorik und Imageproduktion der gegenwärtigen Administration zu untersuchen. Wie oben erwähnt, war die Einwanderung – oder eher sollte man sagen, die Arten, wie sie einzuschränken sei – das alles übertönende Thema des Wahlkampfes 2001, der die neue Regierung mit Unterstützung der extremen Rechten an die Macht brachte.

Aber wie ich ebenfalls erwähnte, war es nicht nur die rechtsextreme dänische Volkspartei, die gegen die Einwanderung eintrat, sondern auch die führende Partei Venstre, zu der Fogh Rasmussen gehört. Venstre führte eine sehr erfolgreiche Werbekampagne mit dem Slogan „Zeit für Veränderung" durch und verwendete ein berühmtes Foto einer Gruppe junger Migranten, die beim Verlassens des Gerichts, von dem sie gerade wegen eines hässlichen Falls einer Gruppenvergewaltigung verurteilt worden waren, einer Kamera den Stinkefinger zeigen. In der Veränderung, die die neue Regierung wollte, ging es also nicht nur um die Justiz, sondern auch um gewisse „kulturalisierte" Subjekte, und so wurde eine Verbindung zwischen Kriminalität und Immigration, zwischen Sicherheit und dem Territorium, geschaffen. Als der Premierminister gewählt worden war, manifestierte sich dies in Form der striktesten Antieinwanderungsgesetze in Europa und parallel dazu in einem bisher beispiellosen Interesse des Premierministers an einer kulturellen Identitätspolitik bzw. seiner eigenen Rolle in dieser.

Am Beginn seiner ersten Regierungsperiode begann Fogh Rasmussen nach seinen eigenen Worten einen *Kulturkrieg*. Seine Wortwahl ist interessant, nicht nur weil sie die Gewaltverhältnisse im Feld der Kultur betont, sondern auch deshalb, weil der Premierminister zuvor über das 20. Jahrhundert als Jahrhundert nun vergangener Kriege wie des Kalten Kriegs und des Klassenkampfs gesprochen hatte. Im neuen Jahrhundert begann also ein neuer Krieg, der so genannte Kulturkrieg, den der Premierminister gegen jene führen wollte, die er „selbsternannte GeschmacksrichterInnen" nannte, womit er entweder liberal-humanistische oder dezidiert linke Intellektuelle meinte, von denen er behauptete, dass sie nicht im Einklang mit der allgemeinen Bevölkerung seien. Dieses Projekt wurde während Fogh Rasmussens erster Neujahrsansprache gestartet, in der er klarmachte, dass besonders drei Subjektpositionen im neuen Dänemark – in seinem Dänemark – unwillkommen waren, nämlich MigrantInnen, Intellektuelle und Linke. Er behauptete, dass es Tendenzen zu einer Tyrannei der ExpertInnen gebe, die das Risiko mit sich führten, die freie Debatte des Volkes zu unterdrücken. Das Volk solle nicht den erhobenen Zeigefinger so genannter ExpertInnen akzeptieren, die glaubten, es besser zu wissen. ExpertInnen könnten hilfreich dabei sein, faktisches Wissen zu erklären, aber wenn es um persönliche Entscheidungen gehe, seien wir alle ExpertInnen.[3]

Die Strategie dieser Aktion war es, kritische Ansichten und von diesen Gruppen zu erwartende Positionen zu marginalisieren und damit effektiv ihre Ansichten bedeutungslos zu machen: erstens indem sie in der öffentlichen Debatte keinen Platz mehr hatten, und zweitens durch die Wiedereinführung des persönlichen und privaten Bereichs als etwas jenseits der politischen Auseinandersetzung. Dieser erste Teil, der darin bestand, Personen, die im Verdacht standen, solche abweichenden Ansichten zu haben, aus öffentlichen Debatten oder sogar aus öffentlichen Positionen zu entfernen, wurde durch drastische Budgetkürzungen überall durchgeführt, nicht zuletzt in Umwelt- und Kulturämtern, ebenso wie durch die Zentralisierung unabhängiger Institutionen und politische Berufungen von mehr Personen mit der richtigen (rechten im wörtlichen Sinn) Ansicht in solche Institutionen. Das öffentlich-rhetorische Element dieses Kulturkrieges war jedoch weniger erfolgreich und wurde daher durch den Premierminister etwas zurückgenommen, da es für die meisten schwierig war, solche linken und verwirrten Elemente überhaupt in *irgendeiner* Institution in einer Machtposition zu finden. Daher entschied der Premierminister sogar, die finanzielle Unterstützung für dänische DichterInnen und SchriftstellerInnen (zweifellos in ihrer Funktion als FahnenträgerInnen der dänischen Sprache) zu erhöhen. Trotz der Tatsache, dass der Kulturkrieg bestenfalls unentschieden für die Regierung ausging, wurde er keinesfalls aufgegeben. Er verschob sich vielmehr von der (kulturalistischen) nationalen Politik in Richtung einer echten (nationalistischen) Kulturpolitik und wird jetzt durch den Kulturminister Brian Mikkelsen angeführt, der den neuen Feind nach der scheinbaren Niederlage der Linken identifiziert hat:

„Es gibt immer noch viele Schlachten zu schlagen. Eine der wichtigsten betrifft die Konfrontation, die wir fühlen, wenn Migranten aus islamischen Ländern sich weigern, die dänische Kultur und europäische Normen anzuerkennen. In der Mitte unseres Landes – unseres eigenen Landes – wird eine Parallelgesellschaft entwickelt, in der Minderheiten ihre mittelalterlichen Normen und undemokratischen Denkweisen entwickeln. Wir können dies nicht akzeptieren. Hier haben wir die neue Front des Kulturkriegs."[4]

Aber wenden wir uns dem zweiten Aspekt von Fogh Rasmussens rhetorischer Bewegung zu, nämlich der Wiedereinführung des Persönlichen im Gegensatz zum Politischen, seine Wiedererrichtung der Trennung zwischen öffentlich und privat im Bezug auf den/die BürgerIn im modernen Staat. Fogh Rasmussen spricht in seiner Rede über persönliche Entscheidungen, und zwar als etwas, das aus öffentlichen Debatten und Institutionen entfernt und in den Privatbereich zurückverwiesen werden sollte. Eine Ansicht, die er auch vertrat, als er gebeten wurde, seine Meinung zu gleichgeschlechtlichen Eheschließungen mit kirchlichen Zeremonien abzugeben, und in der Tat auch später, als er sich zu den Mohammedkarikaturen äußern sollte. Im ersten Fall sagte der Premierminister, dass er persönlich nichts gegen gleichgeschlechtliche Eheschließungen in Kirchen hatte, dass er sie aber als öffentliche Person, als Politiker und als Premierminister nicht unterstützen könne. Im zweiten Fall sagte er, dass er persönlich gegen die Verspottung von Religion in

Schrift oder Bild sei, dass er aber politisch nicht intervenieren könne (wegen der Pressefreiheit). Man könnte jetzt fragen, ob wir überhaupt an seinen privaten Ansichten interessiert sein sollen, da sie offensichtlich keinen Einfluss auf die Politik haben, und zweitens, warum sie überhaupt öffentlich artikuliert werden müssen, wenn sie schon privat sind und die zwei Sphären tatsächlich getrennt sind. Diese paradoxe Sprache ist für die Sprachspiele der gegenwärtigen Regierung charakteristisch. Auf der einen Seite hat sie die eine Ansicht, und auf der anderen eine andere, aber dieser scheinbare Widerspruch wird nicht als Doppelzüngigkeit oder Wankelmut verstanden, sondern eher als Mitgefühl und Anteilnahme. Er hat jedoch im Rahmen einer eher neokonservativen als neoliberalen Rekonstruktion des eigentlichen bürgerlichen Subjekts auch wesentlich beunruhigendere Auswirkungen und ist mithin ein bewusster Versuch, das berühmte feministische Diktum „das Persönliche ist politisch" außer Kraft zu setzen, indem die Trennung zwischen dem Privaten und Öffentlichen selbst wieder öffentlich und rhetorisch eingeführt wird – und daher auch jene Trennung zwischen dem, was politisch ist, und dem, was nicht politisch ist, die vom historischen Feminismus dekonstruiert worden war. Es ist ein subtiler Weg, den Menschen mitzuteilen, ihr Outing rückgängig zu machen.

Hinter die Erfolge des Feminismus zurückzukehren erlaubt natürlich auch, einen anscheinend verlorenen Sinn für Männlichkeit zurückzufordern und so verortet sich der Premierminister ganz offen innerhalb der momentanen populärkulturellen Zelebrierung des Kerlseins und der Rückkehr zu einer traditionelleren männlichen Rolle. Indem er wieder eine scharfe Trennung zwischen öffentlichen und privaten Rollen einführt, weist Fogh Rasmussen auch dem Staat, das heißt seinem eigenen Amt, die Rolle zu, diese Trennung zu garantieren, als Schützer der Privatheit und daher des Eigentums. Nur ein sehr aktiver Staat kann ironischerweise die Privatheit seiner Subjekte schützen und auf diese Weise wird die wachsende Sicherheit und Überwachung eher als Beschützerin denn als Eindringling in die Privatheit konstruiert. Der Beschützer ist natürlich eine traditionell maskuline Figur, nicht zuletzt in diesem Sinne ein Vater der Nation. Diese neu erworbene Männlichkeit des Amtes des Premierministers steht auch in Einklang mit Fogh Rasmussens erklärtem Wunsch, eine aktivere und unabhängigere Außenpolitik zu verfolgen als seine Vorgänger. Und obwohl man argumentieren könnte, dass das brave Hinterherlaufen hinter Blair und Bush schwerlich ein Ausdruck von Unabhängigkeit ist, ist die Teilnahme an Invasionen sicherlich aktiv und, wenn ich es so sagen darf, sogar männlich. Aus dieser Perspektive kann die bedingungslose Unterstützung der dänischen Regierung für die gegenwärtige US-Administration und ihre eifrige Beteiligung an ihren militärischen Unternehmen innerhalb des Prismas der Identitätspolitik der Neuen Rechten verstanden werden: An der Invasion teilzunehmen bedeutet ganz wörtlich, bei den großen Jungen mitzuspielen, ebenso wie es eine aktive Maßnahme im Kulturkrieg gegen Einwanderung und den (fundamentalistischen) Islam darstellt. Die Bewegung von einem rein verbalen Krieg zur wirklichen Schlacht: Das Wort wurde Fleisch.

Dies wird uns auch erlauben, die Mohammed-Karikaturen, die vor allem im Kontext einer Debatte um Redefreiheit diskutiert wurden – und daher als Paralelle zum Fall Salman Rushdie –, in einem anderen Kontext zu verstehen: dem Kulturkrieg. Die Zeichnungen wurden, wie erwähnt, in *Jyllands-Posten* veröffentlicht, einer (sehr) rechtsgerichteten Zeitung, die eng der Linie der Regierung folgt, bis zu dem Punkt, an dem sie fast als offizielles Parteiblatt von Fogh Rasmussens Partei wahrgenommen werden kann, was seine Bemerkungen über die klare Trennung zwischen der Politik dieser Zeitung und der Regierung als ironischer erscheinen lässt, als es die Karikaturen selbst angeblich waren.[5] Sogar als noch ironischer, wenn man in Betracht zieht, dass *Jyllands-Posten* selbst einige Jahre zuvor die Arbeiten von zweien seiner Reporter unterdrückt hatte, die als Kritik an der damals amtierenden Rechtsregierung interpretiert werden konnte. Tatsächlich mussten die Journalisten damals vor Gericht ziehen, um ihre eigene Zeitung dazu zu bringen, ihre Artikel zu drucken, was dazu führte, dass ihr Redakteur verwarnt wurde und eine Geldstrafe erhielt, wodurch ein Beweis für die Aufrechterhaltung der Pressefreiheit durch diese Zeitung erbracht wurde. Im Gegensatz zu diesen Artikeln waren die Karikaturen offensichtlich notwendig, um die Selbstzensur dänischer KarikaturistInnen zu bekämpfen, und daher gab *Jyllands-Posten* 12 Karikaturen des Propheten in Auftrag, von denen eine, gezeichnet vom Hauskarikaturisten, Mohammed mit einer Bombe im Turban darstellte. Diese

Zeichnungen sollten angeblich ironisch und antiautoritär sein, in der großen dänischen Tradition der Satire.

Aber wir wollen nicht nur den Text, sondern auch den Kontext untersuchen. Lassen sie uns die Position des hier involvierten Sprechers beleuchten, das bedeutet, die Position von *Jyllands-Posten*, Dänemarks größter Zeitung. Wie ich schon erwähnte, verortet sich die Zeitung in größter Nähe zur Regierungspolitik, und die Gegnerschaft zur Einwanderung, die sich vor allem gegen Muslime richtet, wird auf der Rechten und im Zentrum dänischer Politik seit ungefähr 10 Jahren artikuliert, ebenso wie in den Leitartikeln von *Jyllands-Posten*. Die politische Satire hat historisch ihre Funktion, wenn es darum geht, über Macht zu sprechen oder der Macht gegenüberzutreten, nicht aber als Sprechen von der Position der Macht aus, wie in diesem Fall. Die Karikaturen können daher nicht als Ironie verstanden werden, die von unten kommt, sondern eher als Sarkasmus, der von oben kommt. Es ist so wie in dem Beispiel, das wahrscheinlich alle aus ihrer Schulzeit kennen: Das freche Kind in der letzten Reihe kann unglaublich lustig sein, wenn es einen Witz auf Kosten des Lehrers macht, weil diese Bemerkung sich gegen die Autorität richtet, während der Lehrer, der sich über einen schlechten Schüler lustig macht, nicht gerade lustig ist, sondern eher bösartig, wenn nicht gar böse ist. Trotz der identitären Forderungen und Konstruktionen der neuen dänischen Rechten wurden diese Karikaturen nicht von einer minoritären Perspektive aus gezeichnet, sie wurden schließlich nicht in einer arabischen Zeitung gedruckt, sondern als Teil des dominanten Diskurses im nationalistischen Dänemark, der gegen seinen kleinsten und verteufeltsten Teil gerichtet war: dänische Muslime.

Die Karikaturen müssen daher wenn nicht als Teil einer spezifischen Ideologie, dann als Teil eines spezifischen Diskurses gesehen werden, als Teil dessen, was der Kulturminister die neue Front des Kulturkriegs nannte: die Front gegen islamische EinwanderInnen und ihre mittelalterlichen Normen. Aber was genau ist kulturelle Kriegsführung? Und was ist ihre Funktion? Um solche Fragen zu diskutieren, mag es nützlich sein, sich Michel Foucaults Arbeit über die Verbindung zwischen modernen Staaten, dem Territorium und der „Rasse“ zuzuwenden, sowie der Politik und dem Krieg. In seinen Vorlesungen am Collège de France von 1976, die unter dem Titel *In Verteidigung der Gesellschaft* publiziert wurden, verkehrte Foucault Clausewitz' berühmten Aphorismus „Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ in „Politik ist eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“:

„Die politische Macht hätte in dieser Hypothese die Aufgabe, dieses Kräfteverhältnis mittels einer Art stillen Krieges beständig von neuem in die Institutionen, die ökonomischen Ungleichheiten, in die Sprache und bis in die Körper der einen oder anderen hineinzutragen. Das also wäre die erste Bedeutung, die man dieser Umkehrung des Aphorismus von Clausewitz verleihen könnte: Politik als ein mit anderen Mitteln fortgesetzter Krieg. Politik wäre also Sanktionierung und Erhaltung des Ungleichgewichts der Kräfte, wie es sich im Krieg manifestiert. Doch würde die Umkehrung dieser Aussage noch etwas anderes bedeuten: Im Innern dieses ‚zivilen Friedens' dürften die in einem politischen System stattfindenden Kämpfe, die Zusammenstöße in Bezug auf die Macht, mit der Macht, um die Macht, die Veränderungen der Kräfteverhältnisse – Akzentuierungen einer Seite, Umkehrungen usw. – nur als Fortsetzungen des Kriegs gedeutet werden. All diese müssten als Episoden, Bruchstücke und Verlagerungen des Krieges selbst entziffert werden. Man würde immerzu nur die Geschichte ein und desselben Krieges schreiben, selbst wenn man die Geschichte des Friedens oder seiner Institutionen schriebe.“[6]

Dem fügt Foucault hinzu, dass das letzte Wort der Macht immer die Schlacht ist, der Krieg, was im Fall von Irak und der Situation, in der wir uns heute unter der globalen Hegemonie der Vereinigten Staaten befinden, besonders zutreffend scheint. Macht wird immer in Form des Krieges ausgeübt, ob in der Schlacht oder im Frieden, ob mit Waffen oder mit Worten, was die Begriffe der Massenvernichtungswaffen auf delikate Weise mit dem Begriff einer Massentäuschungswaffe in Verbindung bringt. Diese Verschiebung ermöglicht uns, glaube ich, klarer zu verstehen, wie der gegenwärtige Sicherheitsdiskurs konstruiert wird, und ebenso die nahtlose Transformation von Wohlfahrtsstaaten in Kriegsnationen. In der Tat stehen diese nicht nur historisch über die Konstruktion des modernen Nationalstaats miteinander in Verbindung, die Foucault

analysierte, sowie heute durch die globaleren Sicherheitsvorkehrungen wie der Festung Europa, sondern sind voneinander abhängig und austauschbar. Die Kriegsnation garantiert anscheinend den Wohlfahrtsstaat, ebenso wie der Wohlfahrtsstaat die Kriegsnation rechtfertigt: Die beiden produzieren einander rhetorisch und politisch.

Und dies ist exakt jene Verbindung zwischen Politik und Rhetorik, die die Reaktion der dänischen Regierung auf den internationalen Zwischenfall beeinflusste, der durch die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen verursacht wurde. Es wurde geschrieben, dass die Reaktion der dänischen Regierung fehlerhaft war und im politischen und diplomatischen Sinne inkompetent, aber ich würde das Argument lieber ein bisschen auf das Terrain der kulturell-politischen Logik verschieben, die jede andere Antwort als die gegebene rhetorisch und daher politisch unmöglich machte.

Lassen Sie uns noch einmal einen kurzen Blick auf den Verlauf der Dinge werfen. Die Karikaturen selbst wurden am 30. September 2005 landesweit veröffentlicht, und wie ich schon sagte, waren sie auf die spezifische kulturelle Logik zeitgenössischen „Dänisch-Seins" ausgerichtet. Das bedeutet, es handelte sich um eine eher nationale als internationale Angelegenheit. Wie ich jedoch auch behauptet habe, erfordert die nationalistische Logik, die DänInnen als angebliche kulturelle und ethnische Minderheit positioniert und die es ermöglichte, dass die Karikaturen in einer Art selbstbefreiender Geste produziert wurden, eine globale Bühne, was impliziert, dass die Karikaturen auch international gelesen werden müssen. Dass die Antworten beantwortet werden können, sozusagen. Was natürlich genau das ist, was passierte, als – nur Wochen nach dem Tag der Veröffentlichung – elf Botschafter von islamischen Ländern um ein Treffen mit Fogh Rasmussen baten und als eine Gruppe von dänischen muslimischen Hardlinern zur Unterstützung im Dezember 2005 in den Nahen Osten reiste, was letztendlich zu den Krawallen, Flaggenverbrennungen und der Erstürmung von dänischen Botschaften im ganzen Nahen Osten im Januar dieses Jahres führte. Die erste Reaktion des Premierministers bestand darin, gar nicht zu reagieren und ein Treffen mit den Botschaftern zu verweigern, da es in seinen Worten keinen Grund für ein Treffen gab. Diese Ablehnung führte jedoch nicht dazu, dass die Angelegenheit sich einfach in Luft auflöste; ganz im Gegenteil, denn die ägyptische Botschaft richtete daraufhin am 25. Oktober eine offizielle Anfrage um einen Kommentar an den dänischen Premierminister, die dieser mit der oben erwähnten nichtdistanzierenden Distanzierung (wie es im politischen Jargon heißt) beantwortete, nämlich der Äußerung persönlicher Betroffenheit, aber auch seiner Unfähigkeit, als Premierminister zu intervenieren, was durch den gesamten Höhepunkt der Krise im Januar und Februar hindurch die Parteilinie bleiben sollte, trotz steigenden internationalen wie auch nationalen Drucks auf die dänische Regierung, sich zu entschuldigen oder sich zumindest offiziell (nicht nur privat) von den Motiven dieser Karikatur zu distanzieren.

Was das diplomatische Versagen der offiziellen Reaktion betrifft, so wurde die Regierung offensichtlich durch die Internationalisierung bestimmter nationaler Aussagen überrascht, und dies machte es für sie unmöglich, ihren eigenen Sprachspielen zu entkommen, sowie der kulturellen Logik, die sie geschaffen hatte. Stattdessen wurde die „Redefreiheit" als fundamentales unverletzliches Prinzip beschworen, das mit allen Mitteln verteidigt werden musste. Daher wurde der Nichtkommentar der Karikaturen ein Kommentar eines Lebensstiles, der dänischen Demokratie und ihres Überlebens, wiederum gemäß einer minoritären Logik dänischer Identität und auf ihrer Kehrseite der antidemokratischen Bedrohung von außen wie innen durch den fundamentalistischen Islam. Der Krieg der Worte, wie aggressiv er auch sei, wird auf diese Weise als grundsätzliche Verteidigung ausgegeben. Aber eine Verteidigung wovon? Und wie funktioniert sie, in welchen Bereichen und Formen? Wir müssen uns hier wieder der Kulturalisierung der Politik zuwenden sowie der Frage, wie verschiedene Kulturen als Ersatz für eine vorgängige Logik verschiedener „Rassen" verstanden werden können. Gegen Ende der Vorlesungen von 1976 schreibt Foucault über Rassismus, oder genauer darüber, wie Rassismus während der Entstehung des modernen Nationalstaats zum Staatsrassismus wird. Der Nationalstaat bindet nicht nur ein Volk an ein Territorium, sondern verweist auch auf eine Verschiebung der Machtbeziehungen bzw. darauf, wie Macht ausgeübt wird. Wo die souveräne Macht die Macht war, Leben zu

nehmen und leben zu lassen, bewegen wir uns jetzt in Richtung des Begriffs der Biomacht im Nationalstaat, der mit der Gesamtheit der Leben seiner Bürger befasst ist, mit nationaler Gesundheit und nationaler Sicherheit in einem. Das heißt, wir wohnen einer Verschiebung von der Macht, das Leben zu nehmen und leben zu lassen, *zum Recht, leben zu machen und sterben zu lassen*, bei. Wir bewegen uns also von einem Zustand des Krieges auf einen Zustand der Biologie zu, und dies weist auf eine Veränderung in der Konstitution des Rassismus hin – Rassismus im Sinne dessen, wer leben und wer sterben soll, von Kriegsverhältnissen, in denen Krieg einfach eine Angelegenheit des Überlebens ist, d. h. eine Feindbeziehung, zu Machtbeziehungen biologischer Natur, in denen das Überleben der Gattung auf dem Spiel steht.

„Der Tod des Anderen bedeutet nicht einfach mein Überleben in der Weise, dass er meine persönliche Sicherheit erhöht; der Tod des Anderen, der Tod der bösen Rasse, der niederen (oder degenerierten oder anormalen) Rasse wird das Leben im allgemeinen gesünder machen; gesünder und reiner. Es handelt sich somit nicht um eine militärische, kriegerische oder politische Beziehung, sondern um eine biologische Beziehung. Dieser Mechanismus kann greifen, weil die Feinde, die es zu unterdrücken gilt, nicht Gegner im politischen Sinn des Wortes sind; sie sind äußere oder innere Gefahren in Bezug auf oder für die Bevölkerung. Anders gesagt kann die Tötung, der Imperativ des Todes in das System der Bio-Macht erst dann einziehen, wenn sie nicht nach dem Sieg über die politischen Gegner strebt, sondern danach, die biologische Gefahr zu beseitigen und die Gattung selbst oder die Rasse mit dieser Beseitigung direkt zu stärken.“[7]

Es ist in dieser Perspektive notwendig, den anderen auszurotten, nicht nur um das eigene Überleben, sondern auch um das eigene Wachstum zu sichern (und wir können dieses Wachstum in Bezug sowohl auf Identität wie auch auf die Wirtschaft denken). Ob der Feind innerlich oder äußerlich ist oder wie im Fall des Islams und des Westens gleichzeitig sowohl innerlich als auch äußerlich, er muss zerstört werden, damit die Gesellschaft blühen und ganz sein kann. Natürlich hat eine Verschiebung in der Sprache, wenn nicht im Diskurs, stattgefunden seit dem Auftauchen des Nationalstaats, in dem der Begriff „Rasse“ nunmehr durch Kultur– „ihre mittelalterlichen Werte“, erinnern wir uns daran – sowie Töten durch Deportation (oder möglicherweise Abschiebung) ersetzt wurde. Die Argumente der Andersheit und der gesellschaftlichen Hygiene haben sich von der „Rasse“ und Farbe in Begriffe verschiedener und inkompatibler Kulturen verschoben – eine Kulturalisierung des Politischen, in der Bilder und Worte ebenso wichtig und sogar tödlich sind wie Kanonen und Bomben oder, wenn man so will, Gummigeschosse, Tränengas und Lager. Massenvernichtungswaffen gehen Hand in Hand mit Massentäuschungswaffen in der Verteidigung der Gesellschaft und ihrer sozialen Normalisierungsmaßnahmen.[8] In diesem Sinne stellten die Mohammed-Karikaturen und die Kontroverse um sie kein Missverständnis dar, sondern eine klare Demarkierung der Fronten in einem kulturell-politischen Krieg innerhalb eines übergeordneten Zusammenpralls der Kulturen. Wie Samuel Huntington ganz klar in seinem Buch schrieb: „Es kann keine wahren Freunde ohne wahre Feinde geben. Ohne dass wir das hassen, was wir nicht sind, können wir das, was wir sind, nicht lieben.“ Dies ist der Grund, warum es notwendig ist, den anderen – den Feind – zu verspotten mit Karikaturen seines Heiligsten, genau um die Frontlinie zu ziehen, um nicht die darunterliegende Selbstzensur, sondern den darunterliegenden und bevorstehenden Konflikt der Kulturen zur Schau zu stellen.

Es war also keine Übersetzung nötig, die Botschaft war klar und es gab in der Tat keine Fehlübersetzung. Die Zeichnungen wurden genau so verstanden, wie es – und sei es unbewusst – erwartet wurde, global ebenso wie lokal, nämlich als ablehnend und schon zugewiesene Subjektpositionen bestätigend: Christ=Demokrat oder Moslem=Fundamentalist. Es gibt kein Dazwischen. Auf diese Weise erinnert uns die Krise um die Mohammed-Karikaturen auf unheimliche Art an Jacques Lacans rätselhaften Ausspruch, dass ein Brief, egal wie verlegt er auch sein mag, immer seine Bestimmung erreicht ...

[1] Der Zerfall der früheren Republik Jugoslawien und wie dieser Zerfall sich in Begriffen fester und inkompatibler ethnischer Identitäten artikulierte ist wohl zum Modell demokratischer Politik im Frieden ebenso wie im Krieg geworden. Eine Angelegenheit der Politik als Kriegsakt mit anderen Mitteln. In anderen Worten wurde die internationale Lektion und in der Tat „Lösung" insbesondere des Problems eines multiethnischen bosnischen Staates, nämlich einer kulturellen und ethnischen Trennung, die zu einer legalen und territorialen Trennung führte, zur Grundlage des postmodernen Verständnisses und des Fundaments des Nationalstaats, zu einer Zeit in der der Nationalstaat als politische Formation seine Souveränität zunehmend ökonomisch verliert.

[2] Theoretisch kann die Funktion der dänischen Volkspartei in Begriffen der Repräsentation eher als Supplement denn als Substrat verstanden werden. Ernesto Laclaus Theorien zufolge muss der Repräsentant als ein Supplement verstanden werden, eine Erfüllung eines gewissen Mangels an Identität im Repräsentierten, da zunächst eine Repräsentation im Sinne der Verkörperung erfolgen muss; und diese „ursprüngliche Lücke in der Identität des Repräsentierten, die durch ein Supplement, das durch den Prozess der Repräsentation erzeugt wird, gefüllt werden muss, öffnet eine unentscheidbare Bewegung in zwei Richtungen, die konstitutiv und irreduzibel ist". Ernesto Laclau, „Power and Representation", in: *Emancipation(s)*, London: Verso, 1996, S. 97 f.

[3] Neujahrsansprache, 2002.

[4] Brian Mikkelsen, dänischer Kulturminister 29. Okt, 2005.

[5] Als Kontext möchte ich selbst eine kulturelle Übersetzung versuchen: Obwohl ich in einem Haushalt aufwuchs, in dem *Jyllands-Posten* die einzige Zeitung war, wurde sie selbst dort spöttisch und liebevoll mit dem Namen benannt, den ihre Feinde geprägt hatten. Ihr voller Name ist *Morgenavisen Jyllands-Posten*, was grob als Morgenzeitung, die Zeitung aus Jütland, übersetzt werden kann, aber in der Alltagssprache wurde sie immer „Morgen fascisten Jyllandspesten" genannt, was grob in morgenfaschistische Jütlandspest übersetzt werden kann!

[6] Michel Foucault, *In Verteidigung der Gesellschaft, Vorlesungen am Collège de France (1975–76)*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1999, S. 32–33.

[7] Ebd., S. 296.

[8] Deshalb finde ich die von linken Kommentatoren über die Einwanderungspanik in Dänemark oft geäußerte Bemerkung, dass es sich um eine recht schwache Kultur handeln muss, um sich von ein paar Muslimen bedroht zu fühlen, unzutreffend. Die Angst vor Immigration und die ständige Notwendigkeit, entweder durch Abschiebung oder Integration zu vernichten, ist eher eine Demonstration der Stärke. Ein Mittel einer (Mono-)Kultur, um sich selbst noch zu verstärken.